



«Der Missstand im Asylbereich ist akut»: Thomas Aeschi im Bundeshaus. Foto: Beat Mathys



«Es braucht geschlossene Transitzenen»

SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi will eine «Grenzschutzinitiative» lancieren. Er fordert unter anderem die Internierung von Asylsuchenden und sagt, warum er das völkerrechtlich unproblematisch findet.

Raphaela Birrer

und **Konrad Staehelin**

Herr Aeschi, Sie leben im international geprägten Zug. Haben Sie Freunde, die in die Schweiz eingewandert sind?

Ich durfte Erfahrungen bei diversen Auslandsaufenthalten sammeln: in der Gymnasialzeit in Chicago, während der HSG in Malaysia und Tel Aviv, als Schweizer Grossbankmitarbeiter in Melbourne und für meinen Harvard-Master in Boston. Zudem habe ich oft als Backpacker Länder bereist. Andere Kulturen haben mich schon immer fasziniert. Gleichzeitig bin ich stark in der Schweiz verwurzelt, und diese Aufenthalte lehrten mich, unser politisches System umso mehr zu schätzen.

Und Ihr Umfeld?

Selbstverständlich habe ich Bekannte im Ausland. Zudem bin ich mit Ausländern befreundet, die in der Schweiz arbeiten und leben.

Sie bezeichnen sich selbst als international orientiert und wettern bei jeder Gelegenheit über Ausländer. Wie passt das zusammen?

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Die Frage, wie viele Leute jedes Jahr für immer in die Schweiz einwandern, ist eine ganz andere.

Sie haben kürzlich in der SRF-«Arena» von guten und schlechten Einwanderern geredet, namentlich von «einem guten Amerikaner» und «einem schlechten Bulgaren» ...

... halt, ich habe diese Aussage in der Sendung sofort präzisiert. Es

ist falsch, dass mit der Personenfreizügigkeit 450 Millionen EU-Staatsbürger ein automatisches Einwanderungsrecht erhalten. Mit einem Arbeitsvertrag dürfen sie sich in der Schweiz niederlassen, auch wenn sie rasch arbeitslos werden. Bulgaren haben mit 8,5 Prozent die höchste Arbeitslosenquote. Amerikaner hingegen müssen ein Auswahlverfahren durchlaufen. Ich habe lieber einen qualifizierten Amerikaner, der hier arbeitet, als einen mit der Freizügigkeit eingewanderten EU-Staatsangehörigen, der hier arbeitslos wird.

Die Aussage in der «Arena» war kein einmaliger Versprecher.

Sie fallen immer wieder mit einer scharfen Rhetorik gegen Zugewanderte auf. Was haben Sie gegen Ausländer?

Mich stört die Masse, die in die Schweiz einwandert. Seit Inkrafttreten der Freizügigkeit im Jahr 2002 sind es netto 1,5 Millionen Personen. Das verursacht zahlreiche Probleme: Wohnungsnot, Stromknappheit, überlastete Verkehrsinfrastruktur, wachsende Siedlungsflächen. Vom Wirtschaftswachstum profitiert aber der einzelne Schweizer nicht mehr – das Pro-Kopf-Wachstum stagniert.

Was wäre denn aus Ihrer Sicht eine angemessene Zuwanderung? Nennen Sie uns eine konkrete Zahl.

Es macht Sinn, dass in wirtschaftlich starken Zeiten mehr

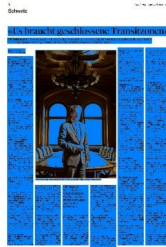
Personen zuwandern können, als wenn wir in eine Rezession gleiten. Unsere Nachhaltigkeitsinitiative fordert, dass vor dem Jahr 2050 die Schwelle von 10 Millionen Einwohnern nicht überschritten werden darf. Sonst führt das zu einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Das heisst im Umkehrschluss: Bis 2050 dürften maximal noch 1,1 Millionen Personen in die Schweiz kommen.

Weniger Zuwanderung gäbe es auch, wenn das inländische Fachkräftepotenzial besser genutzt würde. Welche Lösungen schlagen Sie hier vor?

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in der Schweiz bereits relativ hoch. Wichtig wäre, dass jene Personen, die über das Pensionsalter hinaus arbeiten, nicht mehr in die AHV einzahlen müssten oder ihre Rente neu steuerfrei wäre. So würden über 65-Jährige motiviert, im Arbeitsmarkt zu verbleiben.

«Es macht Sinn, dass in wirtschaftlich starken Zeiten mehr Personen zuwandern können.»

60 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit. Wie kann man diese



Zahl verringern?

FDP-Ständerat Damian Müller hat den Vorschlag gemacht, dass Personen mit Vollzeitpensum einen Steuerrabatt erhalten sollen. Ich bezweifle, dass dies der richtige Weg ist. Jede Familiensituation ist anders. Es ist für Kinder sicher nicht besser, wenn Vater und Mutter beide Vollzeit arbeiten. Bei Familien mit Kindern sollten Teilzeitpensen deshalb nicht bestraft werden.

Nochmals: Wie schaffen wir es, dass mehr Inländerinnen und Inländer arbeiten, damit die Wirtschaft weniger Menschen aus dem Ausland nachfragt?

Ich bin überzeugt, dass sich Studenten stärker an ihren Ausbildungskosten beteiligen sollten. Wenn ein Arzt für eine halbe Million Franken studiert und dann nur 50 Prozent arbeitet oder die Branche wechselt, ist es schade um die teure Ausbildung.

Wer studiert hat, soll später mehr Steuern zahlen?

Richtig wäre, die Studiengebühren deutlich anzuheben. Danach sollten die Personen, die später ausreichend Steuern an den Staat abliefern, einen Teil der Studiengebühren zurückerhalten.

Sprechen wir über die Zuwanderung via Asylsystem: In Lampedusa kommen zurzeit Tausende Flüchtlinge an – und die SVP kritisiert in der

ruhigen Schweiz, es herrsche ein Asylchaos.

Allein letztes Jahr wurden 52'000 Personen beim Versuch, illegal in die Schweiz einzureisen, aufgegriffen. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Angesichts

des Asylansturms bin ich schockiert über das Verhalten des Bundesrates. Er ignoriert die Migrationslage und lockert sogar noch die Asylpraxis, indem jetzt alle Afghaninnen automatisch eine B-Bewilligung erhalten, wenn sie in die Schweiz kommen.

Afghaninnen werden von den Taliban systematisch unterdrückt. Deswegen werden sie als Flüchtlinge anerkannt.

Wer, wenn nicht sie, ist besonders schützenswert?

Die Afghaninnen dürfen mit der neuen Praxis auch ihre Ehemänner und Kinder nachholen, auch wenn diese bereits in einem sicheren Drittstaat wie der Türkei sind. Das wollen wir nicht.

Mit diesem Beispiel zeigen Sie: Sie machen in der Asylpolitik nur Lärm – ernsthafte, umsetzbare Lösungen präsentieren Sie nicht.

Im Gegenteil: Der Missstand im Asylbereich ist so akut und die anderen Parteien sind nicht willens zu handeln, dass ich überzeugt bin, dass die SVP mit einer eidgenössischen Volksinitiative direkt ans Volk gelangen muss. Ich werde dies dem SVP-Parteivorstand an seiner nächsten Sitzung in wenigen Wochen so beantragen. Der Arbeitstitel lautet «Grenzschutzinitiative». Wenn der Vorstand der Idee zustimmt, hätten wir in einigen Monaten einen ausformulierten Initiativtext.

Was soll in dieser Volksinitiative stehen?

Drei Forderungen: erstens systematische Grenzkontrollen. Deutschland droht der Schweiz damit, weil zu viele illegale Migranten aus der Schweiz einreisen würden.

Viele Länder drohen mit systematischen Grenzkontrollen, konsequent an all ihren Grenzen. Umgesetzt hat es bisher noch keines. Wenn die Schweiz das tut, tritt sie in Konflikt mit den Schengen-Regeln.

Dänemark, Schweden, Frankreich, Deutschland und Österreich führen alle bereits systematische Grenzkontrollen auf gewissen Grenzabschnitten durch. Auch Italien verletzt seit bald einem Jahr das Dublin-Abkommen. Es nimmt in Italien registrierte Asylmigranten, die in der Schweiz aufgegriffen werden, nicht zurück. Zudem sind die EU-Aussengrenzen löchrig wie ein Emmentaler. Schengen/Dublin ist gescheitert.

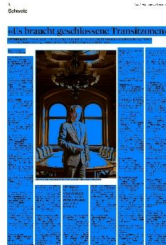
Grenzkontrollen würden doch mit den täglich Zehntausenden Grenzgängern gar nicht funktionieren.

Für Schweizerinnen und Schweizer und für Grenzgänger müssten administrative Erleichterungen vorgesehen werden. Mit den heutigen Technologien wäre dies umsetzbar.

Was ist Ihre zweite Forderung?

Zweitens sollen in mehreren Landesgegenden geschlossene Transitzone geschaffen werden, in denen alle Asylsuchenden während der Gesuchsbearbeitung untergebracht werden. Erst wenn dem Gesuch stattgegeben wurde, dürften sie formell in die Schweiz einreisen und die Transitzone verlassen. Bei einer Ablehnung müssten sie zurück in das Land, aus dem sie gekommen sind.

Jetzt hat die Schweiz erst gerade Bundesasylzentren



geschaffen, um die Verfahren schneller abzuwickeln, da braucht es doch keine neuen Transitzonen.

Die Schweiz muss ihr Asylsystem so ausgestalten, dass es jegliche Attraktivität für Wirtschaftsmigranten verliert. Wenn sie wissen, dass sie in der Schweiz ihre Bewegungsfreiheit verlieren und kein freies Leben führen können, werden sie plötzlich nicht mehr hier Asyl beantragen wollen.

Sie wollen die Asylsuchenden also internieren. Solche Massnahmen sind laut Bundesrat unverhältnismässig und völkerrechtswidrig.

Nein, das ist nicht völkerrechtswidrig. Gemäss der Asyl-Krisenverordnung der EU können Migranten, die aus einem Land mit einer niedrigen Anerkennungsquote kommen, für maximal 140 Tage interniert werden. Der

diplomatische Status eines solchen eingezäunten Geländes ist eine sogenannte Transitzone wie auf einem Flughafen. Wer in seinem Herkunftsland an Leib und Leben bedroht ist, ist sicher bereit, diesen vier- oder fünfmonatigen Aufenthalt in der Transitzone auf sich zu nehmen.

Und der dritte Punkt?

Der Status «vorläufig aufgenommen» muss abgeschafft werden. Bei diesen Personen handelt es sich um abgelehnte Asylsuchende, und die müssen die Schweiz verlassen.

Den Status gibt es für jene Personen, die aus verschiedenen Gründen nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können. Ihr Vorschlag ist nicht umsetzbar.

Mein Vorschlag lautet, dass sie in

das Erstaufnahmeland zurückgehen müssten. Immer mehr Eritreer haben diesen Status. Sie kommen nicht mit dem Flugzeug, sondern via andere Länder zu uns.

Ihre Lösung ist also, die Flüchtlinge an die sowieso schon stark belasteten Länder auf der Fluchtroute abzuschieben.

Die Schweiz soll auch in 50 Jahren noch ein Staat sein, der nicht in der Armut versinkt oder wie Frankreich oder Schweden ständig Probleme mit seinen Ausländern hat. Es ist mir klar, dass heute schon viele Länder unter illegalen Migrationsrouten leiden, auch in Afrika. Aber das ist nicht das Problem, das ich für die Schweizer Bevölkerung lösen muss.